

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XIII
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur .....	XIX
<b>§ 1. Einführung .....</b>	<b>1</b>
I. Die Bedeutung des Faches in Ausbildung und Prüfung .....	1
II. Begriffsbestimmung und -abgrenzung .....	1
<b>1. Teil. Staat und Wirtschaft</b>	
<b>§ 2. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....</b>	<b>5</b>
Fall 1: Investitionshilfe für die Energiewirtschaft .....	5
I. Gesetzgebungskompetenz .....	5
II. Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft .....	7
1. Staatsform und Wirtschaftsform in ihrer geschichtlichen Entsprechung ..	7
2. Die Ordnung der Wirtschaft in der Weimarer Reichsverfassung .....	12
3. Der Streit um die „Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes“ .....	15
4. Der Einfluss der EU-Wirtschaftsverfassung .....	18
<b>§ 3. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand .....</b>	<b>20</b>
Fall 2: Unerwünschte Konkurrenz .....	20
I. Systematische Einordnung .....	20
II. Schranken der kommunalen Wirtschaftstätigkeit .....	24
1. Gemeindegewirtschaftsrecht .....	24
2. Grundrechte .....	27
3. Das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb .....	28
<b>§ 4. Vergaberecht .....</b>	<b>30</b>
Fall 3: Ein „sauberes“ Vergabeverfahren? .....	30
I. Entwicklung des Vergaberechts .....	30
II. Systematik des Vergaberechts .....	32
1. Zweiteilung des Regelungssystems .....	32
2. Aufträge oberhalb der Schwellenwerte .....	33
3. Aufträge unterhalb der Schwellenwerte .....	33
III. Voraussetzungen der Anwendbarkeit des Kartellvergaberechts .....	34
1. Öffentlicher Auftraggeber („Persönlicher Anwendungsbereich“) .....	34
2. Öffentlicher Auftrag („Sachlicher Anwendungsbereich“) .....	37
3. Keine Bereichsausnahme .....	40
IV. Grundzüge des Vergabeverfahrens .....	40
1. Verfahrensgrundsätze .....	40
2. Verfahrensarten .....	40
V. Rechtsschutz im Vergabeverfahren .....	42
1. Primärrechtsschutz im Oberschwellenbereich .....	43
2. Primärrechtsschutz im Unterschwellenbereich .....	47
3. Sekundärrechtsschutz .....	49
<b>2. Teil. Der Schutz wirtschaftlicher Tätigkeit durch Grundrechte und Grundfreiheiten</b>	
<b>§ 5. Freie berufliche Betätigung in der Wirtschaft .....</b>	<b>51</b>
Fall 4: Werbeverbote für Apotheker .....	51
I. Art. 12 I GG als Maßstab der verfassungsrechtlichen Prüfung .....	52

II. Der Berufsbegriff .....	54
III. Der Regelungsvorbehalt des Art. 12 I 2 GG .....	56
1. Berufswahl und Berufsausübung .....	56
2. Die Dreistufentheorie des BVerfG .....	56
IV. Berufsfreiheit und Unternehmensfreiheit .....	62
<b>§ 6. Eigentumsgarantie, Sozialbindung und Sozialisierung .....</b>	<b>65</b>
Fall 5: Keine Genehmigung für den Weinbau .....	65
I. Art. 14 GG als Maßstab der verfassungsrechtlichen Prüfung .....	65
II. Der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff .....	67
III. Die Eigentumsbindung .....	69
IV. Die Sozialisierung von Privateigentum .....	73
Fall 6: Die Verstaatlichung der maroden Bank .....	73
1. Allgemeine Bedeutung .....	73
2. Inhalt der Sozialisierung .....	74
3. Gegenstände der Sozialisierung .....	76
<b>§ 7. Koalitionsfreiheit .....</b>	<b>78</b>
I. Der Inhalt der Koalitionsfreiheit .....	78
Fall 7: Gewerkschaftsblem am Schutzhelm .....	78
1. Bedeutung des Art. 9 III GG .....	78
2. Inhalt der Koalitionsfreiheit .....	78
3. Schranken der Koalitionsfreiheit .....	79
II. Der Begriff der Koalition .....	81
Fall 8: Die deutsche Fotoindustrie vereinigt sich .....	81
1. Freiwilliger Zusammenschluss .....	82
2. Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen .....	82
3. Gegnerfreiheit oder Koalitionsreinheit .....	83
4. Tariffähigkeit und Kampfbereitschaft .....	84
III. Arbeitskampf und Koalitionsfreiheit .....	84
Fall 9: Streik und Aussperrung in der Druckindustrie .....	84
1. Unmittelbare Drittwirkung des Art. 9 III 2 GG .....	84
2. Verfassungsmäßigkeit von Streik und Aussperrung .....	85
3. Die sog. selektive Aussperrung .....	87
<b>§ 8. Die Grundfreiheiten des AEUV und die Unionsgrundrechte .....</b>	<b>88</b>
Fall 10: Strenge Vorschriften für Bewachungs- und Sicherheitsunternehmen in Belgien .....	88
I. Grundlagen .....	88
1. Die Aufsichtsfunktion der Kommission .....	88
2. Bedeutung und Struktur der Grundfreiheiten .....	89
II. Der freie Warenverkehr .....	91
III. Der freie Personenverkehr .....	92
1. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer .....	93
2. Die Niederlassungsfreiheit .....	94
IV. Die Dienstleistungsfreiheit .....	95
V. Die Freiheit des Kapitalverkehrs .....	98
VI. Die Unionsgrundrechte .....	99
3. Teil. Rechtliche Grundordnung der Wirtschafts- und Währungspolitik	
<b>§ 9. Globalsteuerung der Wirtschaft und Stabilität .....</b>	<b>103</b>
I. Getrennte Haushaltswirtschaften und Globalsteuerung .....	103
Fall 11: Vollbeschäftigung um jeden Preis? .....	103
1. Der Grundsatz der Haushaltstrennung .....	103

2. Das konjunkturpolitische Konzept der Globalsteuerung .....	104
3. Bindung an die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes .....	106
II. Kreditrahmenbegrenzung und Überschuldungsverbot .....	110
Fall 12: Die umstrittenen Wahlgeschenke .....	110
1. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben .....	110
2. Der Einfluss des Unionsrechts .....	114
III. Staatsverschuldung und Euro-Rettungsschirm .....	117
Fall 13: Rettung vor dem Rettungsschirm .....	117
1. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung .....	118
2. Die Verfassungsmäßigkeit des Euro-Rettungsschirmes .....	119
3. Die weiteren Maßnahmen zur Rettung des Euro und deren verfassungsrechtliche Beurteilung .....	122
<b>§ 10. Das Europäische System der Zentralbanken .....</b>	<b>125</b>
Fall 14: Die unerwünschte Erhöhung der Mindestreservesätze .....	125
I. Die unionsrechtlichen Regelungen im Überblick .....	125
1. Die Entstehung der Europäischen Währungsunion .....	125
2. Rechtlicher und institutioneller Rahmen .....	126
3. Währungspolitische Aufgaben und Befugnisse .....	128
4. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der EZB .....	131
II. Die Deutsche Bundesbank als Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken .....	133
1. Rechtsstellung und Organisation .....	133
2. Verbliebene Aufgaben und Befugnisse .....	134
3. Verhältnis zur Bundesregierung .....	135
<b>4. Teil. Allgemeines Gewerberecht</b>	
<b>§ 11. Die Gewerbefreiheit .....</b>	<b>137</b>
Fall 15: Ein Marokkaner in Deutschland .....	137
I. Rechtsnatur der Gewerbebeschränkung .....	137
II. Gewerbebeschränkung und Gewerbefreiheit .....	138
1. Historische Entwicklung der Gewerbefreiheit .....	139
2. Begriff und Bedeutung der Gewerbefreiheit im geltenden Recht .....	141
<b>§ 12. Der Begriff des „Gewerbes“ als Grundlage der Gewerbeordnung .....</b>	<b>144</b>
Fall 16: Der Campingplatz .....	144
I. Ableitung und Struktur des Gewerbebegriffes .....	144
II. Die positiven Begriffsmerkmale („Gewerbsmäßigkeit“) .....	146
1. Erlaubte Tätigkeit .....	146
2. Gewinnerzielungsabsicht .....	147
3. Dauerhaftigkeit .....	148
4. Selbstständigkeit .....	148
III. Die negativen Begriffsmerkmale („Gewerbsfähigkeit“) .....	149
1. Keine Urproduktion .....	149
2. Kein freier Beruf .....	149
3. Keine Verwaltung eigenen Vermögens .....	150
IV. Die gewerberechtliche Anzeigepflicht .....	151
<b>§ 13. Gewerberechtliches Instrumentarium .....</b>	<b>155</b>
I. Die Gewerbeuntersagung .....	155
Fall 17: Gebrauchtwagenhandel .....	155
1. Die Untersagungsermächtigung des § 35 GewO .....	155
2. Materielle Voraussetzungen der Gewerbeausübung .....	157
3. Die gewerbliche Zuverlässigkeit .....	158

II. Die gewerberechtliche Genehmigung .....	162
Fall 18: Die neu gestaltete Peep-Show .....	162
1. Rechtliche Einordnung der Gewerbe genehmigung .....	164
2. Sach- und Personalkonzessionen .....	166
3. Formen der Genehmigungserteilung .....	167
4. Die Aufhebung der Genehmigung .....	167
5. Nebenbestimmungen zur Genehmigung .....	167
6. Versagungsgründe .....	168
7. Die sofortige Vollziehung einer gewerberechtlichen Verfügung .....	173
Fall 18a: Die Peep-Show muss schließen .....	173
8. Das Glücksspielrecht .....	175
§ 14. Das „Reisegewerbe“ .....	179
Fall 19: Der erfolglose Zeitschriftenwerber .....	179
I. Ordnungswidriges Verhalten im Wirtschaftsverwaltungsrecht .....	179
II. Stehendes Gewerbe – Reisegewerbe – Marktgewerbe .....	180
III. Der Begriff des „Reisegewerbes“ .....	181
1. Die besonderen Merkmale des § 55 I GewO .....	181
2. Rückgriff auf den allgemeinen Gewerbebegriff .....	184
IV. Reisegewerbekartenpflicht und Pressefreiheit .....	185
§ 15. Märkte, Ausstellungen und Messen (Marktgewerbe) .....	188
Fall 20: Zulassung zum Cannstatter Volksfest .....	188
I. Formen des Marktgewerbes .....	188
1. Messen, Märkte und Ausstellungen .....	188
2. Volksfeste .....	190
3. Private Veranstaltungen .....	190
4. Gewerberechtliche Erfordernisse für Schausteller .....	191
II. Marktfreiheit und Zulassungsbeschränkungen .....	191
1. Teilnahmeanspruch und Marktgestaltungsrechte .....	192
2. Die Sachentscheidungsvoraussetzungen einer Schaustellerklage .....	193
3. Die Auswahlentscheidung nach § 70 III GewO .....	195
III. Märkte und Volksfeste als gemeindliche Einrichtungen .....	200
1. Kommunalrecht und Gewerberecht .....	200
2. Gemeinderechtliches Einwohnerprivileg und Dienstleistungsfreiheit nach Art. 56 AEUV .....	203
§ 16. Ladenöffnungsrecht .....	205
Fall 21: Getrübte Verkaufsfreuden .....	205
I. Der Ladenschluss nach der Föderalismusreform I .....	205
II. Die Verfassungsmäßigkeit ladenschlussrechtlicher Bestimmungen .....	209
III. Die Unionsrechtskonformität des Ladenschlusses .....	212
<b>5. Teil. Besonderes Gewerbe recht</b>	
§ 17. Gaststättenrecht .....	215
Fall 22: „Die mit der Pille tanzen“ .....	215
I. Das Gaststättengesetz als lex specialis zur Gewerbeordnung .....	215
1. Der Begriff des „Gaststättengewerbes“ .....	215
2. Die Zielsetzungen des Gaststättengesetzes .....	218
II. Die Gaststättenerlaubnis .....	219
1. Erlaubnispflicht und Erlaubnisvoraussetzungen .....	219
2. Sonderformen der Erlaubnis .....	220
3. Nebenbestimmungen .....	221
4. Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis .....	221

III. Die Auswirkungen des sog. Hinterbliebenenprivileges .....	223
Fall 23: Tatort „Casablanca“ .....	223
1. Das Verbot der Betriebsfortführung .....	223
2. Die postmortale Rücknahme der Erlaubnis .....	224
3. Widerruf und Rücknahme des Weiterführungsrechts analog § 15 GastG .....	225
IV. Der Nichtraucherchutz in Gaststätten .....	226
Fall 24: Rauchen verboten .....	226
1. Die Nichtraucherchutzgesetze der Länder .....	227
2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten .....	229
<b>§ 18. Handwerksrecht .....</b>	<b>234</b>
Fall 25: „Oles Brotfabrik“ .....	234
I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand .....	234
II. Der Begriff des „zulassungspflichtigen Handwerkes“ .....	238
1. Stehendes Gewerbe .....	239
2. Handwerksfähigkeit .....	240
3. Handwerksmäßigkeit .....	240
III. Formelle und materielle Handwerksrechtswidrigkeit .....	242
IV. Die Abgrenzung zum Minderhandwerk und zum Neben- oder Hilfsbetrieb ...	243
Fall 26: Elektroeinzelhandel und Serviceleistungen .....	243
1. Abgrenzung zum Minderhandwerk .....	244
2. Sonderformen: Handwerklicher Nebenbetrieb und Hilfsbetrieb .....	245
<b>§ 19. Das Verkehrsgewerbe .....</b>	<b>248</b>
I. Der Güterkraftverkehr .....	249
Fall 27: Schaumstoff und Fremdtransporte .....	249
1. Die Liberalisierung des Güterkraftverkehrsrechts .....	249
2. Anwendungsbereich des Güterkraftverkehrsgesetzes .....	250
3. Genehmigungspflicht und Genehmigungsvoraussetzungen für den gewerblichen Güterkraftverkehr .....	251
4. Die EU-Gemeinschaftslizenz für den grenzüberschreitenden Verkehr ...	253
II. Die Personenbeförderung auf der Straße .....	254
Fall 28: Betriebspflichten eines Taxiunternehmers .....	254
1. Anwendungsbereich des Personenbeförderungsgesetzes .....	254
2. Genehmigungspflicht und Genehmigungsvoraussetzungen .....	255
3. Betriebs- und Beförderungspflicht .....	258
III. Der Eisenbahnverkehr .....	260
Fall 29: Die umkämpfte Streckenstilllegung .....	260
1. Die Reform des Eisenbahnrechts .....	261
2. Die Trennung von Netz und Betrieb .....	262
3. Die Eisenbahnaufsicht .....	263
4. Die Stilllegung von Eisenbahninfrastruktureinrichtungen .....	263
<b>§ 20. Regulierungsrecht .....</b>	<b>269</b>
Fall 30: Der lange Weg zum Ökostrom .....	269
I. Die Entstehung des Regulierungs(verwaltungs)rechts .....	269
II. Die Regulierung im Bereich des Energiesektors .....	272
1. Die Vorgaben zur Entflechtung (Unbundling) .....	275
2. Der Anspruch auf Netzanschluss und Netzzugang .....	279
3. Der Anspruch auf Netzübertragung .....	282
4. Die (reduzierte) Regulierung im Wettbewerb der Versorgungsunternehmen .....	283

## 6. Teil. Subventionierung wirtschaftlicher Tätigkeit

<b>§ 21. Rechtliche Grundlagen</b>	289
Fall 31: Investitionszulagen für die „Kipp und Most KG“	289
I. Der Subventionsbegriff	289
1. Keine Beschränkung auf Wirtschaftssubventionen	289
2. Direkte und indirekte Subventionen	291
3. Subventionsarten und -formen	292
II. Die EU-Beihilfenkontrolle	292
1. Investitionszulagen und EU-Beihilfenverbot	292
2. Das Verfahren der Beihilfenkontrolle	295
III. Der Anspruch auf Subventionierung	296
1. Anspruchsvoraussetzungen nach dem InvZulG	296
2. Subventionierung nach dem Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	300
<b>§ 22. Das Subventionsverhältnis</b>	306
Fall 32: Die Kürzung der Ausbildungsplatzprämie	306
I. Begründung und Ausgestaltung des Subventionsverhältnisses	306
1. Subventionsgewährung als unmittelbare Verwaltungsaufgabe	306
2. Einstufige und zweistufige Subventionsverhältnisse	307
3. Die Konstruktion der Subventionsvergabe als Verwaltungsvertrag	308
II. Rückabwicklung des Subventionsverhältnisses	309
1. Widerrufs- und Erstattungs Voraussetzungen	309
2. Ermessensausübung und -begründung	311
3. Rücknahme von unionsrechtswidrigen Subventionsbescheiden	312
Fall 33: Die unionsrechtswidrige Beihilfe	312
<b>7. Teil. Selbstverwaltung der Wirtschaft</b>	
<b>§ 23. Das Kammersystem</b>	319
Fall 34: Kammerzugehörigkeit wider Willen	319
I. Wirtschaftsselbstverwaltung als öffentliche Verwaltung	319
1. Rechtsstellung und Aufgaben der Industrie- und Handelskammern	319
2. Abgrenzung gegenüber Wirtschaftsverbänden	321
3. Wirtschaftsselbstverwaltung und berufsständische Selbstverwaltung	322
II. Voraussetzungen der Kammerzugehörigkeit	323
III. Zwangsmitgliedschaft und Verfassung	325
1. Vereinbarkeit mit Art. 9 I GG	326
2. Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG	326
3. Vereinbarkeit mit Art. 2 I GG	327
IV. Zwangsmitgliedschaft und „allgemeinpolitisches Mandat“	329
Fall 35: Streit um die Kammerzeitschrift	329
<b>§ 24. Die Innungen im Handwerk</b>	333
Fall 36: Keine Aufnahme in die Schornsteinfegerinnung	333
I. Die Organisation der Handwerksselbstverwaltung	333
II. Das Recht auf Aufnahme in die Innung	337
<b>Sachverzeichnis</b>	341